

Anträge zur Künstlichen Intelligenz werden beraten

12.6.2026 - | Deutscher Bundestag

Liveübertragung: Freitag, 12. Juni, 10.10 Uhr.

Entwicklungen rund um die **Künstliche Intelligenz (KI)** debattiert der Bundestag am **Freitag, 12. Juni 2026**. Grundlage der einstündigen Debatte ist ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Deutschland in die KI-Zukunft bringen – Für einen nationalen Aufbruch an die digitale Weltspitze“ ([21/6354\(Dokument, öffnet ein neues Fenster\)](#)), der anschließend zur weiteren Beratung dem federführenden Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung überwiesen werden soll.

Auch bei einem weiteren Antrag der AfD mit dem Titel „Technologische Souveränität durch deutsches Fachwissen sichern – Staatliche Koordination für ein europäisches KI-Kooperationsprojekt nach Vorbild von Airbus starten“ ([21/4833\(Dokument, öffnet ein neues Fenster\)](#)) ist eine Ausschussüberweisung vorgesehen. In diesem Fall soll der Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung bei den weiteren Beratungen die Federführung übernehmen.

Antrag der AfD zur KI-Zukunft

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung in ihrem ersten Antrag ([21/6354\(Dokument, öffnet ein neues Fenster\)](#)) auf, die Voraussetzung für einen nationalen Aufbruch an die digitale Weltspitze durch „günstige grundlastfähige Energie“ zu schaffen. Dazu gehöre aus Sicht der Abgeordneten die schnellstmögliche Reaktivierung der Atomenergie, das Ende des Kohleausstiegs und die saubere Verstromung von Kohle in modernsten Kraftwerken sowie eine Ausweitung des internationalen Energieangebots, unter anderem durch Aufhebung der Sanktionen gegen Russland oder rohstoffreiche Drittstaaten.

Weiter fordert die Fraktion, die Energie- mit der Rechenzentrumsstrategie zu koppeln, um dem steigenden Energiebedarf durch Künstliche Intelligenz (KI) Rechnung zu tragen. Die nationale KI-Strategie müsse zudem so weiterentwickelt werden, dass Innovation, digitale Souveränität und Technologieführerschaft zu prioritären Zielen erklärt und in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes mit ausreichenden finanziellen Mitteln hinterlegt würden, schreiben die Abgeordneten weiter.

Strategie für hochtechnologisierte Zukunft

Die Innovationskraft der deutschen Digitalindustrie müsse „durch einen Bürokratiekahlschlag von mindestens 80 Prozent in der EU oder eine neue Organisation, die den Zugang Deutschlands zum EU-Binnenmarkt garantiert“ freigesetzt werden. Weiter solle die Bundesregierung eine Gesamtstrategie zur Neuaufrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft in eine hochtechnologisierte Zukunft erarbeiten.

Das betreffe insbesondere die Bereiche Industrie und Arbeit 5.0, Medizintechnik und KI-Diagnostik, autonome Verkehrsformen, intelligente Stadtbebauung, zeitgemäße Sicherheits- und Ordnungssysteme sowie eine automatisierte digitale Verwaltung.

Antrag der AfD

Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung in ihrem zweiten Antrag ([21/4833\(Dokument, öffnet ein neues Fenster\)](#)) auf, ein offenes europäisches Kooperationsprojekt im Bereich Künstliche Intelligenz nach Vorbild von Airbus, ESA oder CERN zu initiieren, das unter deutscher Führungsverantwortung als öffentlich-rechtlich koordinierte, europäisch getragene Entwicklungsplattform für KI-Basistechnologien strukturiert ist. Ziel müsse die Entwicklung, Kontrolle und die Anwendung leistungsfähiger KI-Sprachmodelle, Dateninfrastrukturen und Rechenkapazitäten ausschließlich unter europäischer Norm- und Rechtsaufsicht sein, heißt es.

Die AfD plädiert zudem für die Auflage eines nationalen Investitions- und Forschungsprogramms, das zusätzlich zu bestehenden EU-Förderlinien gezielt auf den Aufbau technologischer Souveränität in den Bereichen KI, Halbleiter, Cloud-Technologien, Quantenkommunikation und Hochleistungsrechnen ausgerichtet ist. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die nationalen F&E-Ausgaben bis zum Jahr 2028 auf vier Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) zu steigern.

„Schutz europäischer Zukunftstechnologien verschärfen“

Des Weiteren gelte es den Schutz europäischer Zukunftstechnologien massiv zu verschärfen, schreibt die Fraktion. Die Bundesregierung solle verpflichtet werden, gesetzliche Grundlagen für eine erweiterte Investitionskontrolle im Technologiesektor zu schaffen.

„Ziel ist die Verhinderung des Verkaufs oder der Übernahme forschungsintensiver Unternehmen durch außer europäische Investoren in Schlüsselbereichen wie KI, Quanten-IT, Halbleiter, Softwareentwicklung und Datenspeicherung“, heißt es in dem Antrag. (des/lbr/hau/10.06.2026)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw24-de-ki-zukunft-1181962>